



**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

Resolution der Unia-Delegiertenversammlung vom 25. Juni 2016

## **Ohne sozialen Ausgleich kein vereintes Europa und keine Schweiz**

Am 23. Juni hat sich eine knappe Mehrheit der britischen StimmbürgerInnen für einen Austritt aus der EU entschieden. Wie bei allen komplexen Entscheiden haben verschiedene Gründe dazu beigetragen. Zweifellos ist er aber Ausdruck einer in Grossbritannien verbreiteten Unzufriedenheit über den Status quo.

### **Sozialabbau und Armut als Nährboden**

Zu verstehen ist diese Unzufriedenheit vor dem Hintergrund der problematischen gesellschaftlichen Entwicklung seit den Regierungsjahren Margret Thatchers. Kein anderes europäisches Land hat den öffentlichen Dienst, die soziale Sicherheit und die Arbeitnehmerrechte derart rabiatt zerschlagen und den Arbeitsmarkt dereguliert wie Grossbritannien. Kaum ein Land hat die Personenfreizügigkeit so rasch und ohne flankierende Schutzmassnahmen eingeführt. All dies führte zu einer massiven Zunahme der sozialen Ungleichheit, zu einer weitgehenden Desindustrialisierung und zu Massenarbeitslosigkeit.

Und selbst wer Arbeit hat, ist in Britannien nicht vor Armut sicher. Jede dritte britische Familie lebt heute in Armut. Jeder vierte Erwachsene verzichtet auf Mahlzeiten, damit andere im Haushalt genug zu essen haben. Die Kindersterblichkeit ist in Grossbritannien höher als in jedem anderen EU-Land (ausser Malta). Die britischen Rechtspopulisten konnten in ihrer Brexit-Kampagne diese extremen Missstände ausnutzen, um gegen ArbeitsmigrantInnen und angebliche «Sozialschmarotzer» zu hetzen.

### **Notwendiger Richtungswechsel der EU**

Für die EU ist das Nein der Briten ein deutliches Warnsignal: Ein vereintes Europa ist auf der Basis zunehmender sozialer Ungleichheit nicht zu haben! Der Frust über die antisoziale und undemokratische Austeritätspolitik der EU-Kommission wächst auch vielen anderen europäischen Ländern. Nationale Sondervorrechte gegen MigrantInnen – wie sie die EU der Regierung Cameron unlängst zugestanden hat – vermögen daran nichts zu ändern. Vielmehr braucht es eine Rückbesinnung auf die solidarische Grundidee, welche die europäischen

Einigung im vergangenen Jahrhundert zum Erfolgsprojekt gemacht hat: Zukunftsfähig ist nur ein Europa des sozialen Ausgleichs und der sozialen Rechte, eine politische Union, welche der Bevölkerung demokratischen Einfluss auf die Gestaltung gerechter Lebensbedingungen gibt.

Ob die EU den notwendigen Richtungswechsel schafft ist offen. Paradoxerweise könnte ausgerechnet der Austritt Grossbritanniens die Chancen dafür verbessern. Denn immer wenn es um die Weiterentwicklung der EU in Richtung einer sozialen und demokratischen Union ging, waren die Regierungsvertreter der Insel mit die grössten Bremser.

### **Frankenaufwertung bekämpfen, flankierende Massnahmen verstärken, Schutz der Arbeitnehmenden verbessern**

Für die Schweizer Wirtschaft ist die Reaktion der Finanzmärkte auf den Ausgang der Abstimmung eine unmittelbare Gefahr. Die Unia erwartet darum von der Nationalbank, dass sie die Aufwertung des Frankens energisch bekämpft und wieder eine Untergrenze einführt. Darüber hinaus muss auch die Schweiz die richtigen Lehren aus dem Brexit ziehen. Auch für sie gilt: Gute Beziehungen zur EU und insbesondere die Personenfreizügigkeit sind ohne Ausbau des Sozialschutzes nicht mehrheitsfähig. Soziale Unsicherheit und Ungleichheit können nicht mit nationalen Sondervorrechten kompensiert werden. Statt Diskriminierung braucht es einen wirksamen Schutz der in der Schweiz geltenden Löhne und Arbeitsbedingungen und Massnahmen zur Verbesserung der Situation aller Arbeitnehmenden. Die Schweiz muss den Schutz älterer Arbeitnehmender, die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Diese Massnahmen kann sie problemlos in Eigenregie einführen, sofern sie unabhängig von der Staatsangehörigkeit zur Anwendung kommen. Nur so kann unser Land den bilateralen Weg mit der EU weitergehen.